

Betreff:

Strukturelle Benachteiligung der IGSen beenden

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

08.02.2018

Beratungsfolge:

Schulausschuss (Vorberatung)

23.02.2018

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

06.03.2018

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

13.03.2018

Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat möge beschließen:

Die strukturelle Benachteiligung der IGSen hinsichtlich der Aufnahme auswärtiger Schülerinnen und Schüler wird aufgehoben. Ab dem Schuljahr 2019/2020 sollen auch die IGSen auswärtige Schülerinnen und Schüler aufnehmen können.

Sachverhalt:

Fast alle Schulformen – Hauptschule, Realschule und Gymnasium – nehmen auswärtige Schülerinnen und Schüler auf. Bei den Haupt- und Realschulen wird diese Möglichkeit in nur sehr geringem Umfang nachgefragt. Ganz anders ist die Situation bei den Braunschweiger Gymnasien. Mit Stand vom 18.08.2016 kamen 1949 Gymnasialschüler aus den Landkreisen Wolfenbüttel, Gifhorn, Helmstedt und Peine sowie der Stadt Salzgitter. Bezogen auf die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler der Braunschweiger Gymnasien (7.992) betrug der Anteil 24,4 %. An der Spitze steht dabei das Lessinggymnasium. Diese Schule wird zu 2/3 von Schülerinnen und Schülern aus dem Landkreis Gifhorn genutzt.

Ganz anders sieht die Situation an den fünf Braunschweiger IGSen aus. Ihnen ist es untersagt auswärtige Schüler aufzunehmen. Dies zieht folgende Probleme nach sich:

1. Die IGSen werden strukturell benachteiligt.

Die große Anzahl auswärtiger Schülerinnen und Schüler wird von den Gymnasien genutzt um ein sehr breit gefächertes Leistungsspektrum ihrer Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten. Diese Möglichkeiten haben die IGSen derzeit nicht.

2. Der Elternwillen wird seit Jahren in Braunschweig nicht beachtet.

Seit Jahren werden pro Jahr rund 200 Braunschweiger Schülerinnen und Schüler, die an einer IGS beschult werden wollen, abgewiesen, weil zu wenige Plätze vorhanden sind. Gleichzeitig werden 2.000 Plätze an Braunschweiger Gymnasien für auswärtige Schülerinnen und Schüler vorgehalten.

3. Die Darstellung der Entwicklung der Braunschweiger Schulformen wird verzerrt.

Im Beschlussvorschlag zum Schulentwicklungsplan (17-05461) ist von „steigenden Schülerzahlen an den Gymnasien“ und von den „Kapazitätsproblemen an den Gymnasien“ die Rede. Dass diese Entwicklung ganz wesentlich mit der Beschulung auswärtiger Schülerinnen und Schüler zusammenhängt, wird nicht erwähnt. Die Schlussfolgerung der Verwaltung, die Umwandlung eines Gymnasialstandorts in eine IGS sei schon aufgrund der Kapazitätsprobleme an den Gymnasien keine Option, ist daher zu hinterfragen. Wenn auswärtige Schülerinnen und Schüler auch an den Braunschweiger IGSen beschult werden können, wird der Druck auf die Gymnasien sofort nachlassen.

Zusammengefasst: Es soll eine Gleichbehandlung der unterschiedlichen Schulformen

erreicht werden. Die Linksfraktion will ausdrücklich nicht, dass zukünftig keine auswärtigen Schülerinnen und Schüler mehr in Braunschweig beschult werden.

Anlagen: keine